

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Verfahren gegen Julian Assange endlich einstellen**
- **Daniela Dahn: Wir Ostdeutsche sind noch viel Schlimmeres gewohnt**
- **Berliner Erklärung und Offener Brief gegen eine Verengung des Bildungsdiskurses**
- **S. Lawrow, bei öffentlicher Debatte im UN-Sicherheitsrat**
- **Jeffrey Sachs: Wie China die US-Dominanz beenden will**
- **"Sanktionen gegen China sind Selbstmord" – mit Prof. Dr. Max Otte**
- **GFP: Die Vasallisierung Europas**
- **Anlauf zur WHO-Gesundheitsdiktatur durch IHR-Reformen**
- **Werner Rügemer: Zwangsarbeit bei Foxconn in Indien**
- **Karin Leukefeld: Massaker zur Staatsgründung**
- **Karin Leukefeld: Wie starben die Menschen in dem Keller in Douma 2018?**
- **Ulrich Heyden: Gestrandet in Moskau: Liane Kilinc**
- **Tilo Gräser: Ohne Rückfahrkarte und Alternative: Zug der Ukraine nach Westen**
- **v. Bebenburg: Friedensappell v. Todenhöfer u. Lafontaine**
- **Geraldina Colotti: Kuba: Seine Ärztebrigaden seit 60 Jahren am Krankenbett der Welt**

Zitat des Monats von [Romain Rolland in Clérambault, 1917](#):

Aufrichtig denken heißt, für alle denken, selbst wenn man gegen alle denkt.

Editorial

Im ersten Beitrag erinnern wir an **Julian Assange**, dessen Freilassung auch von vielen Prominenten weltweit im Hinblick auf **Pressefreiheit und Demokratie** gefordert wird. Auch bei uns gibt es Diskussionsbedarf zur Demokratie und dem gleichwertigen Umgang z.B. mit DDR-Sozialisierten und Volkseigentum der DDR, wie uns Daniela Dahn darlegt. Um langfristig Demokratie besser leben zu können, könnten die in der Berliner Erklärung gemachten konkreten Vorschläge für eine bessere **Grundschulbildung** helfen.

Im nächsten Themenblock geht es um den internationalen Umgang und die Entwicklungen im globalen Weltgeschehen. Der russische Außenminister erinnert in seiner Rede an die **Prinzipien der UN-Charta**, gegen die der Westen vielfach verstoße und die er durch eine **„regelbasierte Ordnung“** ersetzen wolle. Jeffrey Sachs berichtet über die zunehmend selbstbewusste **Rolle Chinas in der Welt**. Und Max Otte warnt vor dem drohenden Selbstmord Europas und Deutschlands, wenn es sich den Sanktionen gegen China anschließe. Dass der Versuch Europas, sich von der **US-Dominanz** zu befreien, gerade zu scheitern drohe, schildert 'German-Foreign-Policy'. Norbert Häring und Elke Schenk schildern und bewerten die fortlaufenden und eher versteckt ablaufenden Versuche zu **globaler Machtkonzentration unter Nutzung der WHO**. Ebenso wenig in die Schlagzeilen kommt die tägliche globale Ausbeutung von vielen Menschen, die unter **menschenunwürdigen Bedingungen** arbeiten und leben müssen, was Werner Rügemer aufzeigt.

Im letzten Themenblock greifen wir konkrete Kriege und deren Folgen auf. Karin Leukefeld erinnert in einem Beitrag an das **Leid der Palästinenser** seit der Staatsgründung Israels und in einem weiteren Beitrag an den **Chemiewaffeneinsatz in Syrien 2018**, der propagandistisch der syrischen Regierung angelastet wird, obwohl dessen Klärung noch aussteht und vom Westen ausgebremst wird. Auch zu den Kriegsereignissen in der Ukraine wird bei uns sehr einseitig berichtet; Ulrich Heyden lässt von der **vor Ort in der Ostukraine** tätigen Liana Kilinc darlegen, was sie bei ihren humanitären Einsätzen ihres Vereins erlebt, in Erfahrung bringen und erkennen kann. Tilo Gräser legt dar, was ein **Beitritt der Ukraine in die EU** für Hürden aufweisen und welchen Souveränitätsverlust die Ukraine dabei erleiden würde.

Schließlich informieren wir über einen **Friedensappell** von Jürgen Todenhöfer und Oskar Lafontaine zum Ukraine-Konflikt. Ein positives Beispiel für praktische Friedensarbeit sind auch die **kubanischen Ärztebrigaden**, die in anderen Ländern Hilfeinsätze leisten.

[Inhalt](#) ↑

• Verfahren gegen Julian Assange endlich einstellen

Am 09.05.23 traf sich eine parteiübergreifende Gruppe australischer Parlamentsabgeordneter mit der US-Botschafterin in Australien und forderte Washington auf, die Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer Julian Assange, einen australischen Staatsbürger, fallen zu lassen. Robert F.

Kennedy Jr. hat kürzlich seine Präsidentschaftskandidatur gestartet und erklärt, er würde [Assange im Falle seiner Wahl begnadigen](#).

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat die Inhaftierung des Journalisten und Gründers der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange, in Großbritannien [als "Schande" bezeichnet](#). Lula bekräftigte, dass Washington den Journalisten kriminalisiert, weil er mit Beweisen die interventionistischen Aktionen der US-Regierung anprangerte.

Moritz Müller fragt sich, wie die [UNESCO](#) den Zustand der Pressefreiheit als "gut" bezeichnen kann, wenn im betreffenden Land russische Medien wie 'RT Deutsch' verboten sind und YouTube-Kanäle, z.B. von Ken Jebsen, gelöscht sind. Bei solchen Löschungen im Internet bestehe zudem die Gefahr, dass die Aufzeichnungen endgültig verschwunden sind; daher empfiehlt er interessante Artikel auf dem eigenen Rechner speichern. Für Müller erhebt sich die Frage, ob bei uns die auf dem Papier zugestandene Pressefreiheit gelebt wird. Diese Frage sei während der Corona-Krise zu stellen gewesen, bzgl. der Klimapolitik und jetzt während des Ukraine-Krieges zu stellen. In allen drei Fällen werde das [Hinterfragen des Narrativs bzw. eine offene Debatte nicht zugelassen](#). Anlässlich des Welttags der Pressefreiheit erinnert Müller an Julian Assange; und dazu an einen [NDR-Bericht von 2020](#) sowie an den Doku-Film "[Die USA gegen Julian Assange](#)" (Video, 60m).

[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei Antiwar.com und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)

[Moritz Müller](#) ist freier Autor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Daniela Dahn: **Wir Ostdeutsche sind noch viel Schlimmeres gewohnt**

Nach Daniela Dahn ist die [Demokratiefähigkeit der DDR-Sozialisierten ein Reizthema in Deutschland](#), nachdem diese nicht nur die DDR-Regierung zum Rücktritt gezwungen hatten, sondern sich auch mit der Demokratie der Bundesrepublik auseinandersetzten. Dafür führt sie Äußerungen an, die aus dem Springer-Konzern zu hören waren, die Ostdeutschen seien demokratieunfähig, oder vom Spiegel stammen, das DDR-Bildungssystem habe die Ostdeutschen zu Duckmäusern gedrillt. Vom Historiker Arnulf Baring war zu hören, dass das Wissen von DDR-Akademikern völlig unbrauchbar sei. Dahn zitiert hierzu das Lob von Kalus Harting zum Programm der Demokratisierung des Kabinetts Modrow: "In der Demokratie DDR ist jetzt schon die Straflosigkeit des gewaltlosen Widerstands garantiert, ein Prozess, der unsere Sicherheitsgesetze noch peinlicher machen wird. Die repräsentative Demokratie, die im Grunde eine Großparteienherrschaft ist, wehrt nach wie vor alle Ansätze direkter Demokratie und Kontrolle von unten ab. In der DDR hingegen wird inzwischen selbst der innerste Repressionsbereich einer demokratischen Kontrolle von unten unterworfen."

Letztlich sei es aus Sicht der CDU nicht hinnehmbar, dass die kapitalistische Ordnung in Frage gestellt wurde und das Volkseigentum der DDR per Volksabstimmung erhalten bleiben sollte. Um den schnellen und bedingungslosen Beitritt der DDR in die BRD durchzusetzen, wurden von den westdeutschen Medien unhaltbare Lügen über Korruption, Kollaps der DDR-Wirtschaft und Zahlungsunfähigkeit der DDR in die Welt gesetzt. Nach Dahn haben die Ostdeutschen dieses "Lügengebäude" nach der Wiedervereinigung erst nach und nach, aber die meisten Westdeutschen bis heute nicht durchschaut. Sie erinnert daran, dass die Privatisierung im Osten zum "öffentlichen Milliardengrab" wurde, und stellt fest: "Demokratie bedeutet Machtbeschränkung. Doch die Parlamente haben ihre Macht weitgehend an die Regierung abgegeben, die Regierung hat Macht an die EU-Kommission abgegeben, diese hat Macht an die Weltbank und die Welthandelsorganisation abgegeben. Und der Wähler soll seine Stimme abgeben und sich dabei fühlen wie Hans im Glück. Er guckt in die Luft und fragt sich, welche Wahl er eigentlich hat, wenn niemand die verborgen herrschende Macht beschränkt, die des Kapitals?"

[Daniela Dahn, Jg. 1949, Schriftstellerin und Publizistin; Gründungsmitglied der politischen Partei 'Demokratischer Aufbruch' in der ehemaligen DDR, die aus Teilen der Bürgerbewegung und auf kirchliche Initiative 1989 gegründet wurde, an den Volkskammerwahlen 1990 \(im Rahmen der 'Allianz für Deutschland'\) teilnahm und im gleichen Jahr mit der CDU fusionierte. \(Red.\)](#)

[Inhalt ↑](#)

• Berliner Erklärung und Offener Brief gegen eine Verengung des Bildungsdiskurses

Bildungswissenschaftler und Fachdidaktiker setzen sich in ihrem Offenen Brief dafür ein, eine der Komplexität der [Neuorientierung des Grundschulunterrichts sowie des Grundschullehramts](#) angemessene Strategie zu entwickeln. Die dem Gutachten der 'Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz' (SWK) zugrundeliegende Ausrichtung halten sie für "problematisch, weil sie 1. einen zwar unbestreitbar wichtigen, aber nicht hinreichenden Ausschnitt auf die von Schule zu verfolgenden Lern-, Erziehungs- und Bildungsziele anspricht und damit 2. die Tendenz befördert, Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Aus- und Fortbildung in eine Richtung zu steuern, in der weitere zentrale Ziele von Schule aus dem Blick geraten. Dies hat zur Folge, dass bestehende Dysfunktionalitäten des Bildungssystems (etwa Reproduktion von Ungleichheiten aufgrund anderer als sozio-ökonomischer Diversitätsmerkmale) ignoriert und unter der Hand fortgeschrieben werden. Um die Vielfalt und Komplexität des schulischen Bildungsgeschehens angemessen erfassen und die sich daraus ergebenden Aufgaben für Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Aus- und Fortbildung in didaktischer, fachdidaktischer und schulpädagogischer Hinsicht auf dem Stand der gegenwärtigen Wissenschaft bearbeiten zu können, ist es unbedingt erforderlich, die Breite der Bildungsforschung in Maßnahmen des Schul- und Bildungsmonitorings einzubeziehen und bildungstheoretisch zu rahmen. Bevor weitreichende Veränderungen, z.B. hinsichtlich der Stundentafeln, der Aus- und Fortbildungsangebote oder – wie aktuell in der Diskussion – der Ausrichtung eines Berliner Landesinstituts unter den Prämissen des Gutachtens in Gang gesetzt werden, empfehlen die Unterzeichnenden dringend die Einbeziehung weiterer Expertise mit thematischer und methodischer Breite der Bildungsforschung, insbesondere der Fachdidaktiken der Primarstufe, der Allgemeinen Grundschulpädagogik, der inter-disziplinären Bildungsforschung, der Bildungstheorie und der Kindheitsforschung."

Hier in Kurzform einige der Überlegungen und Forderungen der renommierten Erziehungswissenschaftlern und Grundschulpädagogen:

- Gegen eine Verengung des Bildungsdiskurses auf Leistung, Kompetenzen, Messbarkeit.
- Den Methodenpluralismus in der Schul- und Unterrichtsforschung nutzen.
- Eine auf Einzelleistungen abzielende Kompetenzerwartung in einer auf Kollaboration und Kommunikation beruhenden globalisierten Gesellschaft ist kaum noch zeitgemäß und dringend ergänzungsbedürftig.
- Das Bildungspotenzial aller Fächer des Grundschulunterrichts ist zu würdigen: so etwa gesellschaftswissenschaftliche, historische, naturwissenschaftliche oder auch bewegungswissenschaftlich fundierte sowie musisch-künstlerisch-ästhetische Wege zur Bildung – und nicht zuletzt eine umfassende Grundlegung demokratischer Bildung.
- Auf die jeweilige Lebenswelt der Kinder bezogene Förderung.
- Sprachbildung in allen Fächer.
- Ausreichende Berücksichtigung des 'Übens' (Wiederholen, auch in folgenden Jahrgängen).
- Bildungsangebote in Schule, Hochschule und Fortbildung in breiter Perspektive.
- Wirksame Schulentwicklung bedingt einen genuin partizipativen Prozess aller an Grundschule Beteiligten, aller Kollegen und Mitarbeitern.

[Inhalt ↑](#)

• Rede des Außenministers Russlands, Sergej Lawrow, bei den öffentlichen Debatten des UN-Sicherheitsrats

In seiner Rede im UN-Sicherheitsrat am 24.04.2023 sprach der russische Außenminister Sergey Lawrow zum Thema [“Effizienter Multilateralismus via Schutz der Prinzipien der UN-Charta”](#). Die Rede wurde vor über 30 Vertretern von Staaten gehalten, die nicht dem Sicherheitsrat angehören. Lawrow sprach dabei das Problem an, dass das auf der UN-Charta basierende System zur Koordinierung der Weltpolitik derzeit eine tiefe Krise erlebt. Den Grund dafür sieht Lawrow darin, dass einzelne UN-Mitglieder danach streben, das Völkerrecht und die UN-Charta mit einer “auf Regeln beruhenden Ordnung” auszutauschen, um selbst mit einseitigen illegitimen Maßnahmen, auch mit militärischen Mitteln den durch die UN-Charta verbürgten Multilateralismus zu torpedieren. Die UNO werde vom selbst ausgerufenen Hegemon mit “Klubs der Auserwählten” umgangen, die Verhandlungen unter Schutzherrschaft der UNO untergraben. Niemand habe der westlichen Minderheit erlaubt, von derart zustande kommenden Vereinbarungen als “Position der internationalen Gemeinschaft” zu präsentieren. Der Höhepunkt der “Ausschließlichkeit” sei eine “stolze” Erklärung des EU-Chefdiplomaten Josep Borrell darüber, dass Europa ein Garten im Paradies und die restliche Welt ein Dschungel sei. Unter effizientem Multilateralismus sehe der Westen die Abschreckung Chinas und die Isolierung Russlands.

Lawrow erinnert an die OSZE-Gipfel von 1999 und 2010, wo schriftlich fixiert worden sei, “dass niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit der Anderen festigen soll, und kein Staat, Gruppe der Staaten bzw. Organisation vorteilhafte Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Region der Organisation tragen bzw. einen Teil der OSZE-Region als eigenen Einflussbereich betrachten darf”. In Negierung dieser Verpflichtungen habe die NATO Jugoslawien (sogar unter Einsatz von DU-Geschossen) angegriffen. Als Verstoß gegen die UN-Charta habe die von den USA geführte Koalition Libyen angegriffen und zerstört sowie etliche bunte Revolutionen durchgeführt. Lawrow prangerte auch die Anwendung von Doppelstandards an. Bzgl. der Ukraine seien die Vereinbarungen des Minsker Abkommens, die durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrates verpflichtend seien, nicht umgesetzt, sondern nur genutzt worden, um Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen. Die Vorschläge Präsident Putins zur Absprache von multilateralen gegenseitigen Sicherheitsgarantien vom Dezember 2021 seien hochmütig abgelehnt worden. Die vielen Rechtsverletzungen des Kiewer Regime seien vom Westen widerspruchslos hingenommen worden. Die Ukraine diene den USA nur der Förderung der Hegemonie. Hier habe Russland die Aufgabe, “durch die NATO in den letzten Jahren verursachte Gefahr für unsere Sicherheit und um den Schutz der Menschen [zu beseitigen], die ihre in multilateralen Konventionen verankerten Rechte verloren haben. Sie müssen vor den vom Kiewer Regime öffentlich zum Ausdruck gebrachten Drohungen geschützt werden, sie zu vernichten oder von den Territorien zu verdrängen, wo ihre Vorfahren jahrhundertlang gelebt haben.”

Lawrow ruft den anwesenden UN-Generalsekretär António Guterres auf, “dafür zu sorgen, dass alle seine Mitarbeiter im Sinne des Artikels 100 der UN-Charta unvoreingenommen handeln”. Die aktuelle Lage stuft Lawrow gefährlicher ein, als die Lage während des Kalten Krieges. Es seien alle aufgerufen, die UN-Charta zu verteidigen, das Prinzip der Multilateralität und die Koordinierung der Weltpolitik zu erhalten. (Die Rede gibt es auch [hier](#))

[Sergei Wiktorowitsch Lawrow](#), Jg. 1950, [studierte](#) am Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), der Kadenschmiede für Generationen von Sowjetdiplomaten; bis 2004 russischer Diplomat in verschiedenen Positionen, seit März 2004 Außenminister der Russischen Föderation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jeffrey Sachs: Wie China die US-Dominanz beenden will**

China, das 17,5% der Weltbevölkerung stellt (USA 4,1%), nimmt eine zunehmend selbstbewusste Rolle im Weltgeschehen ein, indem es bei der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien hilft, einen 12-Punkte-Friedensplan für die Ukraine anbietet und seine Beziehungen zu europäischen und latein-amerikanischen Mächten verstärkt. China setzt seine diplomatischen Bemühungen fort und bot an, Gespräche zwischen Israel und Palästina zu führen. "[China will nicht, dass die Vereinigten Staaten die Vormachtstellung innehaben](#). Man möchte an der Seite der USA gleichberechtigt existieren", sagt der Wirtschaftswissenschaftler Jeffrey Sachs im Interview. In diesem Ansinnen wird China von einem Großteil der Welt unterstützt. Und die USA sind nicht mehr die dominierende Weltmacht. Die meisten Menschen der Welt wollen nicht die von den USA propagierte "regelbasierte internationale Ordnung", sondern in einem von multilateralen Rahmen aufgestellte Regeln.

Sachs stellt fest: "Wir leben also tatsächlich bereits in einer multipolaren Welt, aber ideologisch befinden wir uns in einem Konflikt." Nach Sachs ziehen sich die USA bereits aus der Weltfinanz- und Währungsszene zurück, während die BRICS-Staaten ihre eigene Entwicklungsbank gründen und ihren Handel zunehmend in Renminbi, Rubel oder Rupien abwickeln. Da wir in einer nicht mehr westlich dominierten Welt angekommen sind, müssen nach Sachs auch Änderungen in den internationalen Institutionen wie dem UN-Sicherheitsrat erfolgen. Auch die Berichterstattung der Medien in den USA müsse sich ändern, denn bisher würde z.B. über die Friedenspläne zur Ukraine nicht berichtet. Nach Sachs fehlt der US-Regierung "das Einfühlungsvermögen, sich in die Lage der anderen Seite zu versetzen".

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Punkt.Preradovic: "Sanktionen gegen China sind Selbstmord" – mit Prof. Dr. Max Otte**

Der Ökonom Prof. Dr. Max Otte befürchtet, dass [Europa und auch die Lokomotive Deutschland aufgrund er gegenwärtigen Politik immer unwichtiger](#) werden und auch die deutsche Wirtschaft bereits am Abgrund steht. Mit der Abkopplung Westeuropas von den Rohstoffen Russlands haben die USA das 2014 verkündet Ziel weitgehend erreicht. Die gegenwärtige Kartellisierung der Politik diene lediglich den Konzernen, die größtenteils in US-Hand sind. Gesellschaftlich sieht Otte auch die USA, wo er mittlerweile selbst als US-Bürger wohnt, in einem gespaltenen Zustand, aber die herrschende Elite habe in Bezug auf Europa ihre Ziele weitgehend erreicht, das inzwischen weltweit marginalisiert werde. Aber nicht nur die produzierende Wirtschaft mit zunehmender Kriegswirtschaft, sondern auch die Banken sieht Otte gefährdet.

Der Einsatz von EU-Sanktionen als Waffe schade Europa, während die US-Sanktionen mehr auf Einzelpersonen/-Firmen zielen und den Großteil des Handels nicht betreffen. Auch wenn das Zündeln der USA in der Welt nicht aufhören werde und seine Stellung in der Welt mit allen Mitteln halten wolle, sieht er die Gefahr eines direkten Krieges gegen China, das die USA schon 2013 wirtschaftlich überholt habe, nicht unmittelbar. Den Rückgang der Bedeutung des Dollars in der Welt werde von den USA durch verstärktes Plündern Europas kompensiert. Durch die Einführung von digitalen Währungen werde das Leben der Bürger vollkommen überwachbar. Otte erinnert an die Worte von Oswald Spengler: "Der Verzicht auf Weltpolitik schützt nicht vor ihren Konsequenzen." (Video, 40m17)

[Max Otte](#), Jg. 1964, ist Ökonom, Unternehmer, Fondsmanager, Philanthrop und Autor von wirtschafts- und finanzpolitischen Büchern. Er setzt sich für langfristigen Vermögensaufbau und Vermögenserhalt sowie für gelebte Demokratie ein. (Red.)

[Punkt.Preradovic](#) "greift aktuelle, heiße und kontroverse Themen auf". Auf dieser Plattform diskutiert Milena Preradovic, [Moderatorin, Medientrainerin und Autorin](#), mit "meinungsstarken Koryphäen". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● GFP: Die Vasallisierung Europas

Der 'European Council on Foreign Relations' (ECFR) warnt mit Blick auf die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen vor einer "Vasallisierung Europas". Laut einer kürzlich publizierten Analyse des ECFR hat der Ukraine-Krieg das Scheitern der vielgepriesenen EU-Bemühungen um "strategische Autonomie" offen zutage treten lassen. Seit Kriegsbeginn dominierten die USA die Politik in Europa nicht nur mit der Menge ihrer Rüstungslieferungen an Kiew, sondern auch, indem sie die gemeinsame Kriegsstrategie diktierten. [Europa operiere in der zweiten Reihe – wie im Kalten Krieg](#). Im Unterschied zu damals aber sei es für Washington heute nicht wichtig, die Länder Europas zu ökonomisch starken Frontstaaten zu formen. Vielmehr habe es für die USA heute Vorrang, ihre eigene Wirtschaft maximal gegen China zu stärken – dies auch auf Kosten von Europas Industrie, die für Washington allenfalls noch Hilfsfunktion besitze. Während Frankreichs Präsident Macron warnt, die EU dürfe nicht zum US-"Vasallen" werden, sieht Bundeskanzler Scholz ihren Platz weiterhin eng an der Seite der USA.

GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Anlauf zur WHO-Gesundheitsdiktatur durch IHR-Reformen

Am 06.02.2023 wurde bekannt, dass ein WHO-Prüfungsausschuss die Vorschläge zur Verschärfung der IHR (Internationalen Gesundheitsvorschriften) mit der Begründung abgelehnt hat, die [Mitgliedstaaten würden zugunsten der WHO entmacht](#). Für Norbert Häring war dies erst ein halber Sieg. Seitdem ergab sich folgende Entwicklung:

Am 12.05.2023 hat sich der Bundestag für eine Reform der WHO ausgesprochen (Anhebung der Pflichtbeiträge für die Mitgliedstaaten; [Stärkung der WHO bzgl. Governance, Effizienz, Unabhängigkeit, Kapazität, Rechenschaftspflicht und die Durchsetzungsfähigkeit](#) sowie der Zusammenarbeit mit globalen Partnern). Nach Häring würde so der WHO-Generalsekretär ermächtigt, ohne Zustimmung betroffener Regierungen regionale oder globale Gesundheitsnotlagen auszurufen und durchzusetzen. Häring stellt an anderer Stelle fest, dass US-Regierung, US-Konzerne und US-Stiftungen "immer noch [einen grob unangemessenen Einfluss auf die WHO](#)" haben. In den USA hätten sich die Republikaner im Kongress gegen die Erweiterung der Befugnisse der WHO ausgesprochen. Mike Yeadon, ehemaliger Vizepräsident von Pfizer, kritisiert die Absicht, durch Ändern der IHR [das globale Gesundheitsmanagement in den Händen der WHO zu konzentrieren](#) (Übersetzungshilfe [Deepl](#), Red.) [Zu den angesprochenen globalen Partner gehören u.a. die Rockefeller-Stiftung und die Gates-Stiftung](#). Die Rockefeller-Stiftung und die WHO haben inzwischen ihre bisherige Kooperation zu einer Partnerschaft mit dem Ziel ausgebaut, das [WHO-Zentrum für Pandemie- und Epidemieaufklärung hinsichtlich der Datensammlung zu stärken](#).

Es ist bekannt geworden, dass die Änderungsabsichten bzgl. der IHR dahin gehen, dass [Ausnahmezustand und Notrecht die neue Norm](#) werden, Menschenrechte in Zeiten einer Pandemie nicht mehr geschützt und eine ungetarnte Gesundheitsdiktatur eingerichtet werden sollen. Die von der WHO teilweise neu geschaffenen Institutionen sollen nach Elke Schenk keine Rechenschaftspflicht bzgl. der getroffenen Prämissen und Maßnahmen haben. Es drohe ein permanenter Krisenmodus und vorschneller Alarmismus. Bei der Revision der Gesundheitsregeln IHR würden individuelle und soziale Faktoren der Stärkung oder Schwächung des Immunsystems

und Gesundheitsprophylaxe ausgeblendet. Regionale und traditionelle Erfahrungen mit Behandlungsmöglichkeiten würden ignoriert bzw. unter Rechtfertigungszwang gesetzt oder als Desinformation bekämpft. Es würden auch die mit der IHR-Revision verbundene [Verletzung von Menschenrechten und medizinischen Standards](#) ignoriert. Für Häring wird im aktuellen Entwurf des WHO-Pandemievertrags das Prinzip der Menschenrechte und der [Freiheit auf das Recht auf Gesundheit reduziert](#). Die Verpflichtung zur Wahrung der Freiheitsrechte sei gestrichen bzw. durch Einfügen von Freiheitsbeschränkungen während der Corona-Pandemie ersetzt worden. Laut Häring hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe zur IHR-Reform gefordert, [Maßnahmen zur Einschränkung der individuellen Freiheiten müssten priorisiert werden](#).

Anfang Juni wurde bekannt, dass die WHO die digitale Infrastruktur der digitalen EU-Covid-Zertifikate als [dauerhaftes Modell übernehmen wolle, um die Impfempfehlungen der WHO bei Reisewilligen durchzusetzen](#). Auf der Weltgesundheitsversammlung in Genf haben Mitgliedstaaten eine Resolution verabschiedet, die alle Regierungen und die WHO auffordert, die Verhaltenswissenschaften verstärkt und systematischer zu nutzen, um "gesundheitsbezogene Fehlinformationen und [Desinformationen](#)" zu konterkarieren und die Nachfrage nach Impfstoffen [sicherzustellen](#). Häring konnte in der Resolution nichts "zur Achtung der freien Willensbildung des Menschen" finden. Es werden auch keine Grenzen aufgezeigt, wo die Grenzen liegen sollen, wenn es darum geht "zu erlauben, abweichende Theorien und Einschätzungen als Desinformation zu klassifizieren und zu bekämpfen." Für Häring ist die Resolution "eine zutiefst freiheits- und wissenschaftsfeindliche EntschlieÙung".

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Elke Schenk](#) ist Sozialwissenschaftlerin und Lehrerin und arbeitet zum Thema Bertelsmann und Europäische Union im globalisierungskritischen Netzwerk ATTAC. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Werner Rügemer: **Zwangsarbeit bei Foxconn in Indien**

Apple lässt die Endmontage seiner neuesten iPhones 12, 13 und 14 in der südindischen Sonderwirtschaftszone Chennai (Früher Madras) im Bundesstaat Tamil Nadu unter der Organisation des taiwanesischen Unternehmens Foxconn vornehmen. Werner Rügemer legt dar, [unter welchen Bedingungen die jungen Frauen dort ihrer Arbeit nachgehen müssen](#). Über Subunternehmer rekrutiert Foxconn junge Frauen aus armen ländlichen Gebieten. Diese können mit besonders niedrigen Löhnen (88 Cent pro Stunde) abgespeist werden und arbeiten acht Stunden, sechs Tage die Woche in drei Schichten. Ihr Arbeitsvertrag kann jederzeit gekündigt werden. Die Frauen sind in Massenunterkünften, die 60 km vom Arbeitsplatz entfernt sind, untergebracht. Transport und Unterkunft werden vom Lohn abgezogen. Das ihnen verabreichte Essen führt häufig zu Magenproblemen. Nach einigen Jahren intensiven Einsatzes werden sie durch neue, unverbrauchte junge Frauen ersetzt. Nach einem Protest Tausender Frauen im Dezember 2021 gegen die "Zwangsarbeit und Ausbeutung", wurde in den Unterkünften für fließendes Wasser und für hinreichend Schlafmöglichkeiten gesorgt, so dass keine Frau mehr auf dem Boden schlafen muss. Ein Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörden erfolgte nicht.

Aber auch in Taiwan lässt Foxconn für Apple, Microsoft, Intel und andere Unternehmen aus dem Silicon Valley arbeiten. "Die am schlechtesten bezahlten Arbeiter in Taiwan wurden in Heimen zusammengepfercht, mussten täglich drei bis vier unbezahlte Überstunden leisten und erhielten keinen bezahlten Urlaub. Die Produktion war und ist fast ausschließlich für den Export bestimmt." Foxconn, das mittlerweile größte Unternehmen in Taiwan, holt sich auch "jährlich mehrere hunderttausend Wanderarbeiter, vor allem aus Vietnam, aber auch aus Indonesien und von den Philippinen. Sie müssen alle drei Jahre einen neuen Antrag stellen, sich gesundheitlich untersuchen lassen und dürfen maximal 12 Jahre in Taiwan arbeiten. Spätestens dann müssen sie

ausreisen und dürfen Taiwan im Alter nicht zur Last fallen. Da sie in der Regel bei Zwischenhändlern hoch verschuldet sind, arbeiten sie willig, billig, unterwürfig und sehr fleißig.“

Werner Rügemer, Jg. 1941, Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der 'aktion gegen arbeitsunrecht', Beirat von 'attac Deutschland' und Mitbegründer der Initiative 'Gemeingut in BürgerInnenhand' (gib). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Massaker zur Staatsgründung**

Am 29.11.1947 verabschiedete die UN-Vollversammlung die Resolution 181 (II), den Teilungsplan für Palästina. Unmittelbar darauf begann die systematische Vertreibung von bis zu 800'000 Palästinensern. Was die Israelis "Unabhängigkeitskrieg" nennen, ist für die Palästinenser bis heute die Katastrophe (arabisch: Nakba). Laut UN-Charta wäre die UN-Vollversammlung nicht befugt gewesen, eine Entscheidung von solcher Tragweite zu treffen, da damit der Grundsatz von "Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker" nicht respektiert wurde. Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat zu teilen, hätte mindestens ein Referendum der dort lebenden Bevölkerung erfordert. Die rund 1,9 Millionen Menschen in Palästina wurden nicht gefragt. Zwei Drittel waren muslimische, christliche und drusische Palästinenser. Etwa ein Drittel waren Juden, die in den 50 Jahren zuvor dorthin zugewandert waren.

Unmittelbar nach der Verabschiedung der Teilungsresolution begann der "Unabhängigkeitskrieg" mit dem strategischen Ziel 'der Zerstörung der städtischen Gemeinden, die die organisiertesten und politisch bewusstesten Teile des palästinensischen Volkes waren". Die ländlichen Siedlungen in der Umgebung der Städte sollten "erobert und zerstört" werden, um die städtischen palästinensischen Gemeinden "von Transportmitteln, Lebensmitteln und Rohstoffen" abzuschneiden. Der so ausgelöste "Prozess des Zerfalls, des Chaos und Hungers" sollte die Palästinenser nach Karin Leukefeld zur Aufgabe zwingen. Es kam zu Massakern wie dem in Deir Jassin, dessen Bewohner von Deir Jassin sechs Jahre zuvor mit den jüdischen Gemeinden der Nachbarschaft offiziell Freundschaft geschlossen hatten. Das Dorf war weitgehend ohne den Schutz der Männer, weil diese an der Beerdigung des bekannten Politikers und Widerstandskämpfers Abd Al-Kader Al-Husseini teilnahmen, der am Tag zuvor beim Kampf um den Ort Castel getötet worden war. In Abwesenheit der Männer des Dorfes wurden laut IKRK "mindestens 200 Personen, Männer, Frauen und Kinder ... von der Irgun getötet". Dabei wurden die Menschen "verstümmelt, enthauptet, ausgeweidet und vergewaltigt". In israelischen Militärarchiven würden alle Beweise unter Verschluss gehalten.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Wie starben die Menschen in dem Keller in Douma 2018?**

Am 24.03.2023 befasste sich der UN-Sicherheitsrat mit den "Risiken, die sich aus der Politisierung der Aktivitäten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen ergeben". Dabei wurden die Umsetzung der Chemiewaffenkonvention in Syrien und die ungeklärten Giftgasangriffe in Douma von 2018 thematisiert. Damals wie heute ist die Frage nicht beantwortet, wie die Menschen im April 2018 in dem Keller in Douma ums Leben kamen. Die Symptome weisen auf den Einsatz von Nervengas hin, das von dem ursprünglichen OPCW-Untersuchungsteam weder in dem

Gebäude noch drumherum gefunden wurde. Die OPCW-Berichte und der Bericht eines neu gegründeten "Untersuchungs- und Identifikationsteams" IIT behaupten, die Menschen seien bei einem Angriff der syrischen Armee mit Chlorgas getötet worden. Aber es wurde auch kein Chlorgas in den vor Ort genommenen Proben gefunden. IIT war nie vor Ort und präsentierte neue Beweise aus unbekannten Quellen.

Karin Leukefeld zitiert den Journalisten Aaron Maté, der darauf hinweise, dass all die Jahre nichts getan wurde, um das wirkliche Geschehen aufzuklären. Vielmehr sei der Bericht des Inspektorenteams, das vor Ort war, unterdrückt worden. Der syrische Botschafter beim OPCW, Milad Attia, wirft der Organisation vor, sich dem Druck aus Großbritannien, Frankreich und den USA zu beugen und Berichte zu verbreiten, die "von westlichen Ländern und Israel gegen Syrien vorbereitet" wurden. Attia warf den USA, Großbritannien und Frankreich vor, die OPCW zu manipulieren, um sich der Verantwortung für den völkerrechtswidrigen Angriff auf Syrien im April 2018 zu entziehen, indem sie die damals zügig eingeleitete OPCW-Untersuchung verzögert hätten.

Für Leukefeld, die eingangs ihres Artikels das Geschehen und dessen Untersuchung vor Ort ausführlich schildert, sieht mit dem Vorgehen der westlichen Staaten das Vertrauen in die UNO und deren völkerrechtlich bindende Abkommen und Institutionen sinken. Dies werde noch verschärft durch vom Westen propagierte "regelbasierte Ordnung", die zunehmend an die Stelle von UN-Charta und internationalem Recht gesetzt werde. Am Ende stellt Leukefeld fest: "Die Opfer und ihre Familien warten auf Gerechtigkeit."

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) 

● Ulrich Heyden: **Gestrandet in Moskau: Liane Kilinc**

Die Vorsitzende des Vereins "Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.", Liane Kilinc, war in der zweiten April-Hälfte [16 Tage in der Volksrepublik Donezk](#), um die Verteilung spendenfinanzierter humanitärer Hilfe, die ihre Organisation mit organisiert, zu begutachten und den Kontakt zu den örtlichen Verwaltungen und freiwilligen Helfern zu festigen, auch um Änderungen in den Bedürfnissen zu erfahren. Ulrich Heyden befragte Liane Kilinc, die nun in Moskau für den Verein arbeitet, zu Ihrer Reise und den Problemen, die man ihrem Verein jetzt in Deutschland macht. Kilinc berichtet, dass die Flüchtlinge im Donbass selbst entscheiden können, ob sie in kleinen Gruppen in der Region bleiben oder nach Russland ziehen möchten. Sie wirft den ukrainischen Kräften vor, die Infrastruktur (auch wieder aufgebaute) der Region bewusst zu zerstören. Die Behauptung, Russland entführe Kinder sei erlogen, vielmehr helfe Russland der Region die Kinder bestmöglich in Absprache und Kontakt mit den Familien zu versorgen. Da mit solchen Reisen, die immer mit militärischer Begleitung erfolgen, auch unvorhergesehene Bedrohungen verbunden sein können, hinterlasse jede dieser Reisen Spuren in der Seele. (Video, 47m10)

Die von Kilinc gemachten Äußerungen zur Entführung von Kindern, können nicht überprüft werden. (Red.)

[Ulrich Heyden](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Mittlere und Neuere Geschichte; seit 1992 freier Moskau-Korrespondent für verschiedene Medien; hielt verschiedene Vorträge insbesondere zur Ukraine. Heyden wurde wegen kritischer Berichterstattung aus der Ukraine ausgewiesen; erhielt verschiedene Auszeichnungen. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Tilo Gräser: **Ohne Rückfahrkarte und Alternative: Zug der Ukraine nach Westen**

Die Tagung des Ostinstituts Wismar am 04.05.2023 in Berlin gab nach Tilo Gräser Einblicke in die Hintergründe der angestrebten und zugesagten EU-Mitgliedschaft der Ukraine. Dabei standen rechtliche und wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt. Während die ukrainischen Teilnehmer immer wieder die vermeintlichen westlichen Werte hervorhoben, beschrieben deutsche Vertreter vor allem die handfesten materiellen Interessen. Gräser zeigt anhand der verschiedenen Beiträge auf der Tagung auf, wie weit der Weg der Ukraine in die EU noch ist. Allein um die rechtlichen Normen und Gesetze der Ukraine an die Standards der EU anzupassen seien 20'000 EU-Gesetze und EU-Vorschriften, ca. 150'000 Seiten, in die nationale Gesetzgebung zu übernehmen. Es werde mehr Zeit erforderlich sein, wie die Ukrainer sich das wünschen. In vielen Punkten, wie der Pressefreiheit, mussten die Ukrainer, die sich unermüdlich zu den europäischen Werten bekannten, erkennen, dass viele ihrer gesetzlichen Bestimmungen den westlichen Werten zuwiderlaufen. Die ukrainischen Teilnehmer lieferten "einen [Einblick, wie sich die heutige Ukraine 'selbst befreit', um sich vollständig den Vorgaben der EU zu unterwerfen](#)".

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Pitt von Bebenburg: **Friedensappell von Todenhöfer und Lafontaine**

Der frühere Linken-Vorsitzende Oskar Lafontaine und der ehemalige CDU-Abgeordnete und Parteigründer (Team Todenhöfer) Jürgen Todenhöfer fordern diplomatische Initiativen von Deutschland und Frankreich, um eine "Friedenslösung" für die Ukraine zu finden. Sie "fordern Bundeskanzler Scholz und Staatspräsident Macron auf, gemeinsam nach Moskau und Washington zu reisen, um [konkrete Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Ukraine Konflikts einzuleiten](#)". Sie verweisen in ihrem Brief auf die Präambel des Grundgesetzes, die dazu verpflichtet, dem Frieden der Welt zu dienen und nicht dem Krieg. Deutschland und Frankreich müssten "ihre eigenen nationalen und europäischen Interessen vertreten und nicht in erster Linie die Interessen der USA".

[Pitt von Bebenburg](#), Jg. 1961, ist Reporter und Autor; Journalist bei der 'Frankfurter Rundschau'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Geraldina Colotti: **Kuba: Seine Ärztebrigaden seit 60 Jahren am Krankenbett der Welt**

Seit 60 Jahren schickt Kuba unter dem Motto "Ärzte, keine Bomben" medizinisches Personal in alle Welt. Kubanische Teams intervenieren überall auf dem Globus, wo Hilfe gebraucht wird. Dies auch in den sog. "entwickelten Ländern" wie Italien während der Covid-Pandemie. Die erste großangelegte Hilfsmaßnahme fand 1963 in Algerien statt, das gerade seine Unabhängigkeit erklärt hatte. Heute arbeiten dort mehr als 880 kubanische Einsatzkräfte und viele algerische Studenten werden in Kuba ausgebildet.

[Kuba wurde jetzt auf der 76. Weltgesundheitskonferenz der WHO in Genf für seinen weltweiten Einsatz gewürdigt](#). Der Artikel beschreibt die verschiedenen Ereignisse und Länder, in denen in den vergangenen Jahren kubanisches medizinisches Personal tätig war und ist. Ein außerordentlich erfreuliches Beispiel, wie ein kleines Land Hilfe leisten kann. (Übersetzungshilfe [DeepL](#), Red.)

[Inhalt](#) ↑